

Uta Ruppert*

Ein bisschen Feminismus im Krieg?

Über das Paradoxe feministischer Außenpolitik¹

Zusammenfassung: Im Zusammenhang des Krieges gegen die Ukraine wird feministische Außenpolitik auch in Deutschland zum Thema. Allerdings vernachlässigt die aktuelle Diskussion grundlegende feministische Kritik an der patriarchalen Grundierung internationaler Politik und der maskulinistischen Fundierung von Militarismus und Kriegsgewalt. Feministische Außenpolitik sollte insbesondere auf die Dichotomisierungen und Polarisierungen reagieren, über die Kriegsbereitschaft hergestellt wird und die zugleich ein Grundmuster anti-emanzipatorischer Entwicklungen aller Art bilden. Ansonsten wird es ihr kaum gelingen, auf die drängenden Fragen des (Welt-)Friedens angemessene Antworten zu finden.

Schlagwörter: Patriarchalismus, Militarismus, Kriegsgewalt, vergeschlechtlichte Dichotomisierungen, feministische Außenpolitik

A Bit of Feminism in Times of War?

Paradoxes of Feminist Foreign Policy

Abstract: In the context of the war against Ukraine, feminist foreign policy has become an issue in Germany. However, the current discussion tends to neglect feminist criticism of the patriarchal foundation of international politics and the masculinist foundation of militarism and violence of war. In particular, feminist foreign policy should react to the dichotomies and processes of polarizations that strengthen the will to war and inform the basic patterns of anti-emanipatory developments of all kinds. Otherwise, feminist foreign policy will hardly succeed in providing adequate answers to the urgent questions of peace.

Keywords: Patriarchalism, Militarism, Violence of War, Gendered Dichotomisations, Feminist Foreign Policy

* **Uta Ruppert** ist Professorin für Politikwissenschaft und Politische Soziologie an der Goethe-Universität Frankfurt

¹ Für intensive Gespräche über feministische Perspektiven auf diesen Krieg und wichtige Anregungen für diesen Text danke ich Hanne-Margret Birckenbach, Katharina Liebsch, Katharina Czaja und Alex Demirović. Besonderer Dank für kontinuierlichen kollegialen Dialog geht an Tanja Scheiterbauer.

Ich schreibe diesen Text Anfang Juni 2022. Der Krieg gegen die Ukraine ist gerade in eine neue Phase eingetreten, die Zerstörung und Eroberung von strategisch wichtigen Städten im Osten der Ukraine scheint sich gegenwärtig kaum aufhalten zu lassen. In den Medien wird jetzt von einem langen, brutalen Abnutzungskrieg ausgegangen, auch wenn niemand wissen kann, wie dieser Krieg tatsächlich weitergeht und welche weiteren Eskalationen eventuell bevorstehen. Kiew hat alle Initiativen für politische Verhandlungen mit Moskau vorerst eingestellt und in der öffentlichen Diskussion einflussreicher westlicher Medien und Think Tanks werden verschiedene Vorschläge für Verhandlungen immer wieder als mindestens »Putin-versteherisch« vehement zurückgewiesen.

Feministische Perspektiven auf den Krieg oder feministische Expertise in Friedens- und Anti-Gewalt-Arbeit, egal ob aus der Wissenschaft oder aus der feministischen Praxis, spielen in der breiteren Öffentlichkeit so gut wie keine Rolle. Mit einer Ausnahme: Die Frage nach den Einflussmöglichkeiten feministischer Außenpolitik wird seit Beginn des Krieges häufiger aufgeworfen und taucht, etwa in Interviews mit Außenministerin Baerbock, auch aktuell immer wieder einmal auf.

Dies ist in mindestens zweifacher Hinsicht beachtenswert: Erstens scheint eine Debatte über feministische Außenpolitik, die erst ansetzt, *nachdem* dieser Krieg von Putin begonnen wurde, paradox. Nie zuvor, auch nicht während des vergangenen Bundestagswahlkampfs oder der

folgenden Koalitionsverhandlungen, war feministische Außenpolitik in Deutschland ein Thema von öffentlicher Bedeutung. Kriege in ihrer extrem maskulinistischen Gewaltlogik aber zählen zu den schrecklichsten patriarchalen Katastrophen überhaupt. Entsprechend sind Zweifel daran angebracht, dass sich ausgerechnet inmitten dieses Krieges, der mit einer in den letzten Jahrzehnten nicht dagewesenen gesellschaftlichen Aufwertung des Militärischen und verschiedener Formen militarisierter Männlichkeit einhergeht, besondere Gelegenheiten für eine feministische Wende in der internationalen Politik eröffnen. Vielmehr sieht es ganz danach aus, als schrumpfte feministische Außenpolitik im Kontext dieses Krieges, noch bevor irgendeine breitere Diskussion über ihren Sinn und Zweck überhaupt begonnen wurde, im Sinne von Nancy Frasers Argument der neoliberalen Vereinnahmung des Feminismus (Fraser 2013) zur rhetorisch-legitimatorischen Marginalie. Zweitens liegt ein Problem darin, dass mit der redundant gestellten Frage an feministische Außenpolitik, was sie denn besser (machen) könnte im Krieg, die gesamte Bandbreite der dahinterstehenden feministischen Kritik verdrängt wird. Zentrale feministische Einwände gegen Militarismus und die politische Erzeugung und Erhaltung von Kriegsfähigkeit, gegen die Militarisierung von Diskursen und Emotionen und die damit unweigerlich einhergehenden Zuspitzungen von Nationalismen und Rassismen spielen in der bisherigen Debatte jedenfalls so gut wie keine Rolle.

Dass und wie Militarismus und Kriegsfähigkeit über vergeschlechtlichte, rassialisierte und kulturalisierte Dichotomien funktionieren, von denen Freund-Feind-Schemata oder die Polarisierung in verteidigende Männer(-Soldaten) und fliehende Frauen(-Mütter) (und Kinder) nur die offensichtlichsten sind, hat die feministische Forschung über internationale Politik detailliert offengelegt (Enloe 1990; Cockburn 2010). Ich argumentiere hier vor allem mit dem ältesten Strang dieser Debatte, der bereits Ende der 1980er-Jahre den vergeschlechtlichten Charakter internationaler Politik aufgedeckt und dabei zugleich gezeigt hat, wie Nationalismus und Kriegsbereitschaft patriarchal verflochten sind (Tickner 1992). Für den Krieg gegen die Ukraine sind intersektionale feministische Perspektiven, die mehr als eine Dekade später in der Auseinandersetzung mit den (neo-)kolonialen, imperialen und rassialisierenden Dimensionen der vermeintlich »Neuen Kriege« nach 9/11 verstärkt herausgearbeitet wurden (Al-Ali/Pratt 2009), ebenfalls von Bedeutung. Als zwischenstaatlicher Krieg in Europa ruft dieser Krieg aber auch jene »alten« vergeschlechtlichten Muster von Militarisierung und Militarismus wieder auf, die für die internationale Politik des Kalten Krieges bestimmend waren. Die Dichotomisierungen, über die sie wirken, bilden ein Grundmuster aller ideologischen Polarisierungen und Ent-Differenzierung, aus denen sich anti-emanzipatorische Entwicklungen verschiedenster Art speisen. Feministische Außenpolitik muss diese Prozesse politisch beantworten, will sie nicht selbst gegenstandslos werden.

Ambivalenzen feministischer Außenpolitik (im Krieg)

Was feministische Außenpolitik bedeutet, wie sie funktioniert und was daran warum feministisch ist, ist nichts Feststehendes. Spätestens seit die Regierung Schwedens im Jahr 2014 ihre eigene Außenpolitik als feministisch deklarierte und damit vor allem die menschenrechtliche Orientierung ihrer Entwicklungszusammenarbeit meinte, sind Fragen nach den Möglichkeiten und Grenzen des Feminismus in der Außen- und internationalen Politik wieder Gegenstand (wissenschaftlicher) feministischer Debatten (Thomson 2020; Goetz 2021). Feministische Außenpolitik kann vieles meinen: von einer Orientierung an Frauenmensenrechten in der Entwicklungszusammenarbeit im Falle Schwedens bis zu einer herrschaftskritischen, antimilitaristischen Politik der sozialen Gerechtigkeit, wie sie zum Teil von politikberatenden NGOs vertreten wird (Lunz 2022) Alle Konzepte teilen jedoch einen menschenrechtlichen Kern und einen auf die Verhältnisse der Geschlechter bezogenen transformatorischen Mindestanspruch, auch die staatlichen Außenpolitiken, die Schweden mittlerweile gefolgt sind und sich in Kanada, Luxemburg, Frankreich, Mexiko und Spanien ebenfalls als feministisch bezeichnen (Thompson u.a. 2021). Über diesen Mindestanspruch deutlich hinausgehend, fasste Ines Kappert (2022) in einem Policy Paper der Heinrich-Böll-Stiftung für das Auswärtige Amt noch im Februar, kurz vor Kriegsbeginn, den Kerngehalt der neuen deutschen feministischen

Außenpolitik folgendermaßen zusammen: »Das Ziel von feministischer Außenpolitik und damit auch von einer Feminist Cultural Diplomacy ist eine entwaffnende, fürsorgende Außenpolitik«. Im Gegensatz zur staatszentrierten, machtgeleiteten, exportorientierten Gegenwart sollen danach also Militarismuskritik und eine »Care-Perspektive«, die gute Lebensmöglichkeiten und Lebensverhältnisse der Menschen sowie deren soziale Beziehungen in den Mittelpunkt stellt, eine Leitlinie deutscher Außenpolitik bilden.

Dem breiten Spektrum von Konzeptionen feministischer Außenpolitik steht eine ebenso große Spannweite inner-feministischer Kontroversen über deren Unmöglichkeiten und Widersprüche gegenüber (vgl. Hicks 2021). Aus Sicht von feministischen Bewegungen, die über Gleichstellungsanliegen hinaus Feminismus immer als herrschafts- und systemkritisch verstehen, stellt sich insbesondere die Frage, ob die Bezeichnung feministische Außenpolitik überhaupt Sinn ergibt und ob es grundsätzlich möglich ist, eine feministische Außenpolitik zu etablieren, ohne gleiche Grundsätze für die Innenpolitik (das heißt unter anderem für die Asylpolitik, das Recht, die Polizei) geltend zu machen. In wissenschaftlichen Debatten werden vor allem Fragen nach den verbindenden und verbindlichen Standards feministischer Außenpolitik gestellt. Pragmatische Vertreter*innen des Ansatzes aus Think Tanks und Medien betonen dagegen die damit verbundenen Chancen einer besseren Repräsentation von Frauen und sogenannter Frauenthemmen in der internationalen Politik.

Dabei ist die Spannung zwischen diesen Positionen auch deshalb besonders stark, weil es in der Außenpolitik längst nicht »nur« um »foreign policy« geht, sondern, wie im Begriff des »Internationalen« gut sichtbar, zugleich immer auch um die nationale Seite des »Internationalen«. Außenpolitik ist im 21. Jahrhundert noch immer eine der zentralen Arenen, in denen »das Nationale« nicht nur durchgesetzt und verteidigt, sondern permanent (neu) konstruiert wird und das »Innen« über die Abgrenzung vom »Außen« hergestellt wird. Sehr eindrückliche Belege für eine Neubelebung der Innen-Außen Dichotomie, die zeitgemäß stärker europäisch statt strikt national angelegt ist, liefern etwa die aktuelle Rhetorik über »den Westen«, und »die westlichen Werte«, die Einheit der NATO oder die Einigkeit der EU.

Einen ideellen Untergrund dieser Innen-Außen Abgrenzung bilden jene Dichotomisierungen, die internationaler Politik und ihrer Unterscheidung zwischen dem »eigenen« Innen und dem »fremden«, potenziell feindlichen Außen auch in Friedenszeiten zugrunde liegen. Freund versus Feind ist der Kerngehalt der alten, aus der Schule der Realismus-Theorie in den internationalen Beziehungen stammenden Annahme über die internationale Anarchie. Maskulinisierte Kriegsfähigkeit versus feminisierte Schutzbedürftigkeit der im Kriegsfall weiblich, nicht mehr länger als Vaterland, sondern als Mutterland imaginierten Heimat, ist die vermeintlich »sicherheitspolitische« Antwort darauf. Wehrpflicht für Männer versus Gebärpflicht für Frauen war auch noch in der zweiten

Hälfte des 20. Jahrhunderts die (bis heute nicht wirklich überkommene) Grundlage des Staatsbürgerschaftsrechts, das immer schon über die Staatsgrenze als Linie der Differenzierung der »Anderen« funktionierte. Männer, die als harte, soldatische Kerle gedacht (und einberufen) versus Frauen, die als verletzte Mütter konstruiert werden (und die von Männern mit deren Leben verteidigt werden müssen), ist die alltagsrelevante Gender-Dichotomie, die damit einhergeht. Dass und wie sich der offensichtlich vergeschlechtlichte und Nationalismus-taugliche Gehalt solcher Konstruktionen im Handumdrehen extrem sexistisch und rassistisch aufladen lässt, wie sie zur Herstellung und Erhaltung der Kriegsbereitschaft beitragen, wie sie Feindschaft schüren und die Konstruktion der »Anderen« als »Barbaren« nähren, haben feministische Analysen des Krieges im ehemaligen Jugoslawien schon in den 1990ern sehr genau herausgearbeitet (Lutz u.a. 1995; Scott u.a. 1997). Wie solche Muster im Kontext der »Kriege gegen den Terror« verändert und zugleich reproduziert wurden, zeigen insbesondere feministische Untersuchungen der Kriege in Afghanistan und im Irak (Hunt/Rygiel 2006; Khan 2008).

Zumindest eine jener vergeschlechtlichten Konstruktionen, die sexistisch-nationalistische Ideologisierung zur atmosphärischen Vorbereitung des Krieges in Jugoslawien bedienten, taucht leider auch im jüngsten deutschen Diskurs häufiger auf. So wird in den liberalen Medien, auch von der Außenministerin, Kritik an Waffenlieferungen immer wieder mit dem Argument

zurückgewiesen, dies sei ganz so, als würde einer vergewaltigten Frau das Recht auf Gegenwehr abgesprochen. Dieser Vergleich ist mehr als irreführend. Erstens verkennt er Formen und Wirkung sexualisierter Gewalt im Geschlechterverhältnis, weil er die Gewalt eines Staates gegen einen anderen Staat gleichsetzt mit den (auch darin enthaltenen) Dimensionen individuell erfahrener, sexualisierter Gewalt. Dabei geht verloren, dass sexualisierte Gewalt stets im Kontinuum gesellschaftlicher, das heißt auch staatlich hergestellter Verhältnisse struktureller patriarchaler Gewalt verübt und erlitten wird. Feministische Organisationen betonen seit Jahrzehnten, dass sexualisierte Gewalt im Krieg nur im Kontext gesamtgesellschaftlicher patriarchaler Gewaltverhältnisse verstanden und wirkungsvoll verfolgt und bekämpft werden kann. Und Vergewaltigung wird deshalb als Kriegswaffe eingesetzt, weil sie weit über das unmittelbar zugefügte Leid hinaus auch durch die damit einhergehenden Tabuisierungen, Ausgrenzungen und Stigmatisierungen in der überfallenen Gesellschaft wirkt. Zweitens bedient ein solcher Vergleich genau jene binären, vergeschlechtlichten Vorstellungen von Krieg, die hier beschrieben werden und die es in emanzipatorischer Perspektive zu dechiffrieren gilt. Drittens reduziert dieser Vergleich den Krieg auf ein brutal unterdrückerisches Machtgeschehen – und löst ihn dabei aus sämtlichen ökonomischen und geopolitischen Interessenkonstellationen, die ihn zweifellos ebenfalls treiben, heraus.

»Militarismus ist unfeministisch« hat Hanna Mühlenbach (2022) einen unlängst in der *taz* erschienen Artikel zu-

treffend überschrieben. Darin verweist sie nachdrücklich auf die Verwobenheit von Patriarchalismus und Militarismus. Militarismus, aber auch schon der vorbereitende Prozess der Militarisierung, führt gesamtgesellschaftlich zur Zunahme patriarchal geformter Gewaltbereitschaft. Darüber hinaus, so soll hier mit der feministischen Theorie Internationaler Beziehungen betont werden, verstärkt er substanziell und in die Tiefe gesellschaftlicher Beziehungen hinein binäre Denkweisen und Dichotomien. Diese wiederum bilden eine jener antiemanzipatorischen »Grundsubstanzen«, gegen die feministische Bewegungen immer schon angekämpft haben und die nicht zuletzt weitere Formen der Polarisierung und anti-pluralistischen Ent-Differenzierung gesellschaftlicher Diskurse fördern. Gut zu erkennen sind solche Tendenzen aktuell in der höchst emotionalen Polarisierung der Debatte über Waffenlieferungen – fast so, als hätte es beides, grauenhaftes Kriegsleid unter Beteiligung der NATO und Waffenlieferungen in Kriegsgebiete in den letzten Jahrzehnten überhaupt nicht gegeben. Sie spiegeln sich aber auch in Art und Ausmaß der Diffamierung friedenspolitischer Positionen an sich und der Rhetorik des Verrats – wahlweise an der Ukraine, am internationalen Ansehen Deutschlands oder an den Werten Europas – gegenüber verhandlungsorientierten Positionen. Im Krieg stirbt eben nicht nur zuerst die Wahrheit, wie jede seriöse Nachrichtenmeldung über den Krieg vermerkt, sondern sämtliche Anstrengungen der Dekonstruktion patriarchaler Dichotomien geraten damit grundsätzlich in die Defensive.

Unmöglichkeiten feministischer Außenpolitik (im Krieg)

Ist die Grundspannung zwischen patriarchaler Realität und dem Eigenanspruch »entwaffnender und fürsorgender« feministischer Außenpolitik schon im Frieden realpolitisch kaum zu beantworten, so wird daraus in Zeiten des Krieges ein unauflösliches Paradox. Zumindest dann, wenn unter feministischer Außenpolitik mehr verstanden wird, als herkömmlicher Außenpolitik »die Perspektive der Frauen«, wie Politiker*innen und Journalist*innen in den letzten Monaten immer wieder formuliert haben, hinzuzufügen. Feministische Kritik und feministische Politikperspektiven gegen die Realitäten des Krieges zur Wirkung zu bringen, scheint gegenwärtig nicht nur politisch, sondern auch gesellschaftlich nahezu unmöglich. So zeugen seit dem 24. Februar 2022 zahlreiche Berichte in den öffentlich-rechtlichen Fernseh- und Rundfunksendern und in der überregionalen Tagespresse, etwa über abenteuerliches Bundeswehr-Biwak im Wald, das Panzermuseum in der Lüneburger Heide oder den Alltag der Militäreinheit von nebenan von der grassierenden Normalisierung des Militärischen in Deutschland.²

Zweifellos ist die öffentliche Problematisierung sexualisierter Gewalt als Kriegswaffe, unter anderem durch

2 »Eine Woche Biwak mit der Bundeswehr bei Bruchsal ist zu Ende«, [https://www.swr.de/ \(3.3.2022\)](https://www.swr.de/ (3.3.2022)); »Panzerkunde. Von »Marder« bis »Leopard«, [https://www.sueddeutsche.de/ \(20.6.2022\)](https://www.sueddeutsche.de/ (20.6.2022)); »Steffi schützt das Vaterland? Deutschland und die Bundeswehr«, [https://taz.de/ \(24.7.2022\)](https://taz.de/ (24.7.2022)).

Vertreter*innen feministischer Außenpolitik, von enormer Wichtigkeit, für die Überlebenden ebenso wie für die Gesellschaft als Ganzes. Allerdings ist es mittlerweile knapp 30 Jahre her, dass die Vereinten Nationen systematische Vergewaltigung im Krieg als Verbrechen gegen die Menschlichkeit anerkannten, wie dies das Rom Statut des Internationalen Strafgerichtshofs von 1998 abbildet. Erstritten wurde diese Änderung des Völkerrechts durch jahrelange Kämpfe transnationaler feministischer Bewegungen, die schließlich bei der Weltmenschenrechtskonferenz 1993 in Wien ihre internationale Bestätigung fand (vgl. Ruppert 2001). Als besonderes Verdienst feministischer Außenpolitik lässt sich die gegenwärtige Diskussion darüber also kaum bezeichnen. Deren Aufgabe sollte an diesem Punkt vielmehr darin liegen, die grundlegenden Zusammenhänge von Patriarchalismus, Nationalismus, Krieg und sexualisierter Gewalt so zu problematisieren, dass dabei über eine »und-Frauen-Perspektive« hinaus, also jenseits der Betonung der spezifischen Leiden und Bedrohungen von Frauen im Krieg, auch Raum für eine gesellschaftliche Veränderung des Kontinuums patriarchaler Gewaltverhältnisse entsteht.

Feministische Außenpolitik, die qua Selbstbezeichnung von sich behauptet, emanzipatorisch weitreichender zu sein als die Gleichstellungsperspektive von Gendermainstreaming, deren tatsächliche Umsetzung etwa in der Entwicklungszusammenarbeit bis heute auf sich warten lässt, sollte insbesondere in Zeiten des Krieges mindestens zwei aufeinander verweisende, grundlegende feministische Aufgaben angehen: Ers-

tens eine Politik der Gewaltreduktion in einem möglichst breiten Sinne. Das heißt, sie hätte alle ihre Möglichkeiten auszuschöpfen, um sämtliche Formen der Gewalt, die den Krieg antreiben, die im Krieg permanent neu entstehen und sich ausweiten, so weit wie irgend möglich zu reduzieren. Zweitens eine dialogische Politik der Differenzierung und Pluralisierung statt der Dichotomisierung; Diese hätte mit aller Macht Polarisierungen und Binaritäten entgegenzutreten, die dem Krieg zugrunde liegen, die sich im Krieg manifestieren und in die Weltpolitik eingespeist werden und die einen Nährboden für vielfältige Formen der Unterdrückung bilden.

Konkret hätte eine solche Politik vielfältige Formen anzunehmen. Dazu gehörte aus meiner Sicht erstens, der aktuellen Diffamierung von Friedenslogik und Friedensforschung entschieden entgegenzutreten; zweitens historische Verdienste von Friedensarbeit und (nicht zuletzt feministischem) Antimilitarismus und ihre unbedingt notwendigen Beiträge zur Entmilitarisierung gesellschaftlicher Normen inklusive deren Bedeutung für die emanzipatorischen Fortschritte der letzten Jahrzehnte klarzustellen; und sie drittens jetzt, wo immer möglich, zu fördern, etwa in Form von Anti-Gewalt-Arbeit, statt sie auf Nachkriegszeiten zu verschieben. Das reiche Repertoire der Theorie und Praxis transnationaler Feminismen, insbesondere aus verschiedensten Friedensinitiativen und Friedensprozessen der letzten Jahrzehnte, liefert hierfür nahezu unbegrenzt instruktive Vorlagen. Von besonderer hoher Bedeutung sind dafür, über die Sicherstellung einer angemess-

senen Repräsentation von feministischen und antirassistischen Positionen in Friedensverhandlungen hinaus, vor allem die Felder Gesundheitspolitik, Wissenspolitik und Bildungspolitik und Kulturpolitik – und zwar auf allen Ebenen des politischen Handelns und in allen Formen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit, von international bis lokal. Gesundheitspolitik, um Zugänge und Mittel zur Traumabearbeitung bereitzustellen sowie die reproduktive Selbstbestimmung von Frauen inklusive eines ausreichenden Angebotes an schonenden Abtreibungsmöglichkeiten sicherzustellen; Wissens- und Bildungspolitik, um eine kontinuierliche gesellschaftliche Auseinandersetzung mit allen Dimensionen intersektional gerechter Geschlechterverhältnisse zu unterstützen und Kulturpolitik um möglichst viele Räume des entsprechenden gesellschaftlichen Dialogs zu fördern. Dazu gehörte aktuell aber auch der ernsthafte Versuch, ganz gleich, ob aus einer »Für« oder »Wider« Perspektive, die in höchstem Maße polarisierte und polarisierende Frage der Waffenlieferungen aus dem Zentrum der öffentlichen Diskussion herauszunehmen und stattdessen die drängendsten Fragen internationaler Politik als Fragen einer »Weltinnenpolitik« in den Fokus zu rücken. Auch wenn »Weltinnenpolitik« bereits in den späten 1990er-Jahren, der Hochphase von Global Governance, eher ein rhetorischer Platzhalter als eine konkret fassbare Politik menschenrechtlich fundierter Weltentwicklung war, gibt es in der internationalen Realpolitik zu dieser Perspektive des gemeinsamen Globa-

len wohl kaum eine Alternative. Wie sonst sollten Weltsystem immanente Grausamkeiten wie die Hungerkatastrophen, die durch den Krieg aktuell drastisch verschärft, aber ja nicht erst von den fehlenden Getreideexporten der Ukraine erzeugt werden, jemals auch nur ansatzweise korrigiert werden. Klima, Ernährung, Gesundheit, oder etwas konkreter, Extraktivismus, Landnahme, asymmetrische internationale Handelsabkommen, Patente auf lebenswichtige Impfstoffe und Medikamente, reproduktive und sexuelle Selbstbestimmung einschränkende Bevölkerungspolitiken sind nur einige der großen, besonders drängenden Fragen von Weltentwicklung. In Zeiten des Krieges gehörten sie mehr denn je in einer feministischen Perspektive von Gleichheit und Gerechtigkeit bearbeitet.

Nur so wären zumindest Annäherungen an eine im feministischen Sinne »fürsorgende Außenpolitik« möglich. Mit ein bisschen (»und Frauen«-)Feminismus (im Krieg) wird es hingegen kaum möglich werden, trotz und mit dem paradoxen Ganzen feministischer Außenpolitik auf grundlegende Fragen des (Welt-)Friedens bessere, inklusive Antworten zu geben.

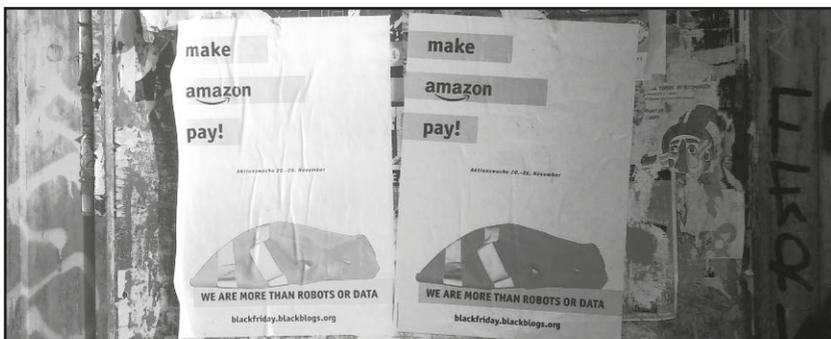
Literatur

- Al-Ali, Nadjé Sadig / Pratt, Nicola (Hg.) (2009): *Women and War in the Middle East. Transnational Perspectives*. London. DOI: <https://www.doi.org/10.5040/9781350224056>.
- Cockburn, Cynthia (2010): *Gender Relations as Causal in Militarization and War*. In: *International Feminist Journal of Politics* 12(2): 139-157. DOI: <https://www.doi.org/10.1080/14616741003665169>.

- Enloe, Cynthia H. (1990): *Bananas, Beaches & Bases: Making Feminist Sense of International Politics*. Berkeley/Los Angeles/London. DOI: <https://doi.org/10.1525/9780520957282>.
- Fraser, Nancy (2013): *Feminism, Capitalism, and the Cunning of History*. In: *Fortunes of Feminism. From State-Managed Capitalism to Neoliberal Crisis*. London: 209-226.
- Goetz, Anne Marie (2021): *Feminist Principles in Global Affairs: Undiplomatic Practice*. In: Ankersen, Cristopher / Sidhu, Wahguru Pal Sidhu (Hg.): *The Future of Global Affairs. Managing Discontinuity, Disruption and Destruction*. Cham: 149-173. DOI: https://doi.org/10.1007/978-3-030-56470-4_7.
- Hicks, Jacqueline (2021): *Feminist Foreign Policy: Contributions and Lessons*. K4D Helpdesk Report. Institute of Development Studies. DOI: <https://www.doi.org/10.19088/K4D.2021.110>.
- Hunt, Krista / Rygiel, Kim (Hg.) (2006): *(En) Gendering the War on Terror: War Stories and Camouflaged Politics*. London. DOI: <https://doi.org/10.4324/9781315564371>.
- Hussak, Melanie / Scheffran, Jürgen (2022): *Alles über Bord werfen? Friedenswissenschaft und Friedensforschung im Kontext des Ukrainekrieges*. In: *Wissenschaft & Frieden* 40(2): 6-14.
- Kappert, Ines (2022): *Überlegungen zu einer Feminist Cultural Diplomacy*. Berlin. URL: <https://www.gwi-boell.de/>, Zugriff: 11.7.2022.
- Khan, Shahnaz (2008): *Afghan Women. The Limits of Colonial Rescue*. In: Rhiley, Robin L. / Mohanty, Chandra Talpade / Pratt, Nicola (Hg.): *Feminism and War: Confronting U.S. Imperialism*. London: 161-178. DOI: <https://www.doi.org/10.5040/9781350220065.ch-011>.
- Lutz, Helma / Phoenix, Ann / Yuval-Davis, Nira (Hg.) (1995): *Crossfires: Nationalism, Racism and Gender in Europe*. London.
- Lunz, Kristina (2022): *Die Zukunft der Außenpolitik ist feministisch. Wie globale Krisen gelöst werden müssen*. Berlin.
- Mühlenbach, Hannah L. (2022): *Militarismus ist unfeministisch. Schwere Waffen für die Ukraine* (7.5.2022). URL: <https://taz.de/>, Zugriff: 11.7.2022.
- Ruppert, Uta (2001): *Von Frauenbewegungen zu Frauenorganisationen, von Empowerment zu FrauenMenschenrechten: über das Globalwerden internationaler Frauenbewegungspolitik*. In: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft* 30(2): 203-219.
- Scott, Joan W. / Kaplan, Cora / Keates, Debra (Hg.) (1997): *Transitions, Environments, Translations. Feminisms in International Politics*. New York. DOI: <https://doi.org/10.4324/9780203948606>.
- Thompson, Lyric / Ahemd, Spogmay / Khokhar, Tanya (2021): *Defining Feminist Foreign Policy. A 2021 Update*. URL: <https://www.icrw.org/>, Zugriff: 11.7.2022.
- Thomson, Jennifer (2020): *What's Feminist about Feminist Foreign Policy? Sweden's and Canada's Foreign Policy Agendas*. In: *International Studies Perspectives* 21(4): 424-437. DOI: <https://www.doi.org/10.1093/isp/ekz032>.
- Tickner, J. Ann (1992): *Gender in International Relations. Feminist Perspectives on Achieving Global Security*. New York.

1972— 2022 50 Jahre graswurzel revolution

Probeexemplar oder Abo:
www.graswurzel.net
twitter: @graswurzelrevo1
insta: @graswurzelrevolution



ONLINE BUCHLADEN

Bücher online bestellen bei links-lesen.de

Als Kollektivbetrieb betreiben wir links-lesen.de,
eine Bestellplattform mit politischen Buchtipps und Rezensionen.

Mit den erwirtschafteten Überschüssen unterstützen wir das Netzwerk
Selbsthilfe und/oder andere gerade aktuelle Initiativen.
@linkslesen – auch auf Twitter und Instagram

WWW.LINKS-LESEN.DE